

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinziales Carl Wendemuth, für die Inserate Kuboff-Rohrstadt, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Krellin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königsr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Volk-anstalten vierteljährlich 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inzerationsgebühren: Die gewöhnliche 20 Pfennig Inzerate o. auswärts 25 Pfennig, im Restamtteil Zelle 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407 — Zeitungspreisliste Seite 411

Nr. 13.

Halle, Mittwoch den 16. Januar 1918.

2. Jahrgang.

Die Kriegspolitik der Mittelmächte.

In der gestrigen Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages erklärte Unterstaatssekretär von dem Busche: Ich kann namens des Herrn Reichskanzlers die Erklärung abgeben, daß in den Instruktionen, die Staatssekretär von Kühlmann für die Verhandlungen in Brest-Litowsk erhalten hat, keinerlei Änderung eingetreten ist.

Hiermit dürfte allen im Publikum und in der Presse umlaufenden Gerüchten der Boden entzogen sein.

Weiter erklärte der Unterstaatssekretär, es sei der Wunsch des Reichskanzlers, daß morgen die politische Debatte nicht aufgenommen werde, da diese bei dem Stande der Verhandlungen in Brest-Litowsk eine schädliche Wirkung haben könnte.

Aus Brest-Litowsk wird berichtet: Am Dienstag fanden weitere Besprechungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der territorialen und politischen Fragen statt. Trotz der vorläufig noch harten Auseinandersetzungen in den Auffassungen der beiden verhandelnden Parteien kann in einigen Punkten eine gewisse Annäherung festgestellt werden.

Am dem bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches nach außen zum Ausdruck zu bringen, wird Bayern fortan einen Vertreter zu den Friedensverhandlungen mit Rußland nach Brest-Litowsk entsenden. Zunächst wird sich der frühere bayerische Ministerpräsident Graf Koozowski nach Berlin zu Besprechungen mit dem Auswärtigen Amt und dann nach Brest-Litowsk begeben. Die Berliner Morgenpost schreibt: Ohne jede Schönfärberei

darf behauptet werden, daß in allen Fragen zwischen der politischen und militärischen Leitung Einigkeit herrscht. Man kann hoffen, daß nach der allgemein begründeten Entspannung der inneren Frieden sobald nicht wieder gerührt werde.

In Besprechung der mannigfachen Schwierigkeiten, die sich in Brest-Litowsk in den letzten Sitzungen ergeben haben, sagt das Wiener Fremdenblatt: Die Ueberbrückung der in den meisten grundlegenden Fragen festgestellten Gegensätze wird jedenfalls Zeit und langwierige Verhandlungen erfordern. Der Standpunkt der russischen Delegation weist in den erstörtesten Fragen Widersprüche und Unklarheiten auf, aus welchen nun hervorzuheben scheint, daß es ihr nicht so sehr auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker als auf die Durchführung ihres maximalistischen Programms ankommt. Gewiß werden wir den russischen Vertretern das Recht einräumen, über die aus dem russischen Staatsverband ausschließenden Gebiete Forderungen aufzustellen. Zu diesem Zweck finden ja die Verhandlungen statt. Aber die Widersprüche und Gegensätze aus der Welt zu schaffen, wird, wie die letzten Verhandlungen zeigen, noch schwieriger Arbeit bedürfen.

Die Volkskommissionen liegen durch die russische Abordnung in Brest-Litowsk beunruhigt, daß Rußland dem armenischen Volke das Selbstbestimmungsrecht zuerkennt. Rußland werde seine Truppen aus dem besetzten Gebiete in Armenien zurückziehen.

Eine neue Kriegszielrede.

Weltweit hat Robertus sagte in einer Rede in Kroydon, daß alle das Kriegsende herbeiwünschten, aber man könne kein Recht einer Nation auf die Welt Herrschaft anerkennen.

Er kenne niemanden in der Regierung, der nicht nächstes Jahr den Krieg beenden würde, wenn es vereinbart wäre mit den bei Kriegesbeginn angeführten Kriegszielen. Ehe die Ursachen, die den Frieden gekürzt hätten, nicht beseitigt seien, könne der Frieden nicht geschlossen werden. Er glaube nicht, daß die Soldaten als Revolutionäre aus dem Verkehr zu ziehen seien. Ein vollkommener Staat könne nur durch allmähliche Entwicklung zustande kommen. Die Wohlhabenden würden sich mit geringerer Beizuge begnügen, damit alle genug hätten. Er glaube nicht an die Gleichheit, aber es sei Pflicht einer jeden geordneten Gesellschaft, dafür zu sorgen, daß jede Familie genug habe, um auskömmlich zu leben.

mehr es sich denn begeben? Ganz unannehmbar ist der sogenannte Thomas, daß die Provinzen ein Frankreich zurückgegeben und dann befragt werden sollten. Angeblich glaube Thomas, der Brest sich zu neun Zehnteln das Ergebnis einer solchen Befragung.

Snobden betont, daß Thomas keineswegs die gesamte französische Sozialdemokratie und schließlich deren Mehrheit vertritt. Er, Snobden, könne dagegen versichern, daß die ganze britische sozialistische Bewegung und die große Mehrheit des übrigen Englands nicht willens sei, daß der Krieg um einen einzigen Tag verlängert werde, um Frankreich in stand zu setzen, Elend-Verdrängen wiederzugewinnen. Die britischen Soldaten sagten, was Elend-Verdrängen mit dem Kriege und der Befreiung Belgiens zu tun habe. Snobden schließt: Nicht um Elend-Verdrängen willen haben fünf Millionen unserer Landsleute freiwillig die Waffen ergriffen, nicht darum hat das Land die Militärdienstpflicht über sich ergehen lassen.

Zwangsrationalisierung in England.

Das Amerikaner Allgemeine Handelsblatt berichtet aus London: Der Entwurf der Lebensmittelrationierung ist fertig gestellt und wird zunächst auf Butter und Margarine, aber möglicherweise auch auf andere Artikel, wie Tee, Fleisch und Käse angewandt werden, falls es Erfolg hat. In Butter besteht wichtiger Mangel, andere Artikel werden künstlich ausgeglichen. Die eigentlichen Beschwerden der Arbeiterklasse richten sich dagegen, daß die Preise von Waren, die im Lebenslauf vorhanden sind, in die Höhe getrieben werden, und gegen Ungleichheiten der Verteilung.

Ganz wie bei uns! Nach dem Neuen Courant meidet Daisy Wall, daß in England, um Schiffstaum zu sparen, alles alte Eisen, altes Papier und Klebenabfälle gesammelt und für Kriegszwecke verwendet werden sollen. Das englische Kriegsbrod, das binnen kurzem eingeführt werden soll, wird zehn Prozent Kartoffelmehl enthalten. Das Lebensmittelamt hat angeordnet, daß Butter und Margarine mit Kasein vermischt werden sollen.

Der englische Arbeiterführer Snobden über Elend-Verdrängen.

Daily Chronicle bringt eine Zuschrift Willips Snobdens, der als Vorkämpfer der größten britischen Gewerkschaften gegen den unklugen und alten Plan der öffentlichen Aufhebung von Herbert Thomas über Elend-Verdrängen Stellung nimmt.

Der Schreiber führt aus, Thomas achte nicht auf die gefährlichste Seite des Problems vor 1917 und lasse gänzlich aus dem Auge, daß die Bewohner der beiden Provinzen der Kaiser und Sprache nach weit überwiegend deutsch seien und immer deutsch sprechen seien und daß 1917 selbst nach der zweihundertjährigen französischen Okkupation über 80 Prozent Deutsch als Muttersprache sprachen. Die britischen Sozialisten erkennen die internationale Bedeutung der elend-Verdrängenden Frage an und wünschen deren endgültige befriedigende Lösung, wobei es ihnen gleich ist, ob die Provinzen bei Deutschland bleiben oder wieder französisch werden. Aber der Vorkämpfer Thomas, die Provinzen ohne Befragung ihrer Bewohner an Frankreich zurückzugeben, verspricht keine betrieblige Lösung und wurde lediglich das Geschwätz von einem Körper auf den anderen übertragen.

Die einzige wirkliche Lösung liege die Selbstbestimmung der Bewohner, die Thomas, obwohl er sie für Zentralasien angenommen habe, für Elend-Verdrängen ablehne. Thomas behauptet, das Zielgebiet würde Frankreich günstig sein, warum

Gaillaux' Verhaftung.

Wie die Genfer Zeitungen aus Paris melden, enthielten einige Vornachrichten eine neue Anlage gegen Gaillaux, die in letzter Stunde seine Verhaftung notwendig gemacht haben soll. Gaillaux, der im Januar 1915 von dem damaligen Ministerpräsidenten Briand nach Argentinien geschickt wurde, um seine Beziehungen mit der dortigen Großmacht im Interesse Frankreichs auszunutzen, soll damals in Südamerika auf eine Verbindung mit Deutschland eingetreten haben. Der Beweis dafür soll in einem nach Berlin gerichteten Telegramm des Grafen Lutzburg gefunden worden sein, dessen Wortlaut soll von dem Hauptmann Schuchard von einigen Tagen aus Amerika zugeandt worden sein. Da es sich also um eine ähnliche Anlage, wie die gegen Solo Balcha handelt, so wäre es unwillig gewesen, Gaillaux in Freiheit zu lassen, während Solo vor dem Kriegserichter gemeldet ist. Das alles deutet daraufhin, daß die Unternehmung jetzt besonders in der Richtung geführt wird, um Umstände zu entdecken, die es gestatten, Gaillaux nicht vor dem Senat, sondern durch ein Kriegsergericht abzurufen zu lassen.

Die Pariser Jenur verhandelte bisher die Befanntgabe von Einzelheiten über die Beschuldigung der Florentiner Depoiten. Das ergibt aus dem Material, auf die russischen Befragungen von den finnischen Lotenposten und Leuchttürmen während des Krieges nicht zurückzuführen werden. — In der letzten Zeit wurden Versuche unternommen, Telegramme auf Schwedisch von Schweden nach Finnland zu senden. Sie mußten den Weg über Petersburg nehmen. Es konnte nicht festgestellt werden, ob die Telegramme ihren Bestimmungsort erreichten. Stockholm dagegen fordert nun die Große nordische Telegraphengesellschaft auf, eines ihrer vier Niederbret für den schwedisch-finnischen Verkehr zur Verfügung zu stellen.

Die Russen in Finnland.

Nationalblende meldet aus Stockholm: Aufschreibes wurde dem finnischen Senat mitgeteilt, daß die russischen Befragungen von den finnischen Lotenposten und Leuchttürmen während des Krieges nicht zurückzuführen werden. — In der letzten Zeit wurden Versuche unternommen, Telegramme auf Schwedisch von Schweden nach Finnland zu senden. Sie mußten den Weg über Petersburg nehmen. Es konnte nicht festgestellt werden, ob die Telegramme ihren Bestimmungsort erreichten. Stockholm dagegen fordert nun die Große nordische Telegraphengesellschaft auf, eines ihrer vier Niederbret für den schwedisch-finnischen Verkehr zur Verfügung zu stellen.

Nach der finnischen Zeitung Nypörs Nyheter passierten an den Weihnachtsfesten dreißig militärische Wägen in der Richtung nach Rußland, einer in ungewisser Richtung. Inherdem sind Anfang des Monats russische Soldaten in großer Anzahl mit fahrbahnrätigen Zügen in ihre Heimat abgereist.

Der Säbel.

Friedensverhandlungen pflegen nie glatt zu verlaufen. Dann und wann kommt immer ein Punkt, an dem die Verhandlungen zu scheitern drohen, um schließlich doch zum mehr oder weniger guten Ende geführt zu werden. In Brest-Litowsk drohten die Verhandlungen zu scheitern, als sie eben erst recht beginnen sollten. Deshalb atmete auch bei uns alles erleichtert auf, als die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden. Aber es ist kein Tag vergangen, der nicht mehr oder weniger kritische Momente gebracht hätte. Neben den Verhandlungen in Brest-Litowsk haben sich in Berlin Vorgänge abgepielt, die einen völligen Wechsel der politischen Szenerie anzudeuten schienen. Man sprach von einem Kronrat, was schon an sich darauf hinwies, daß es sich in Berlin um sehr wichtige Dinge handeln mußte. Hindenburg und Ludendorff, der Reichskanzler, der Kronprinz haben mit dem Kaiser konferiert; man sprach davon, daß dem Reichskanzler die bekannten Geheimbüchereien angetraut worden seien, daß Herr v. Kühlmann seinen Rücktritt bei der Obersten Seeresleitung habe usw. Die Weltöffentlichkeit und ihre Organe taten ihr möglichstes, diese Vorgänge in ihrem Interesse auszuwerten, dazu die Flut von allseitigen Vermutungen, die v. Kühlmann nicht machen und im Osten einen sogenannten deutschen Frieden forderten, um nachher ihre Pläne im Westen nur um so sicherer durchzuführen zu können — jedenfalls wehte kriegerischer allerfrischer Kalibers.

Doch das Wetter hat sich wieder beruhigt und offiziös lüchelt man den Anzeichen zu, es werde, als überhaupt nichts gewesen wäre, weil sich herausgestellt habe, daß alle beschrifteten Stellen durchaus einer Meinung über die strittigen Fragen seien. Das glaubt jedoch kein Mensch. Günstigenfalls kann man wohl sagen, daß die Streitfragen in der Schwere geliebt sind, weil der Zeitpunkt für ihre Austragung noch nicht gekommen ist. Denn daß tiefe Meinungsverschiedenheiten, schwere Differenzen bestehen, darüber kann gar kein Zweifel sein. Es fragt sich nur, warum sich diese Differenzen brechen. Doch man nicht weiß, das läßt sich sehr leicht aus den Auseinandersetzungen in der Presse und in Versammlungen konstatieren. Die Führer der Vaterlandspartei haben in den letzten Tagen eine so fiesegewandte Sprache geführt und Hindenburg und Ludendorff haben sich so unabweidlich geäußert, daß man annehmen durfte, die Weltöffentlichkeit einen vollständigen Sieg über die Anhänger des Verständigungsfriedens davongetragen. Zweifelhaft war nur die Stellung des Reichskanzlers. Wenn es richtig wäre, daß Graf Hertling sich mit Geheimbüchereien zu tun hätte, dann wäre er dem Standpunkt treu geblieben, auf den er sich gegenüber der Reichstagsmehrheit verpflichtet hat; sein Verbleiben im Amt dagegen ließe darauf schließen, daß er sich von der Friedensresolution ab- und dem Standpunkte der Obersten Seeresleitung zugeeignet hätte, die der Meinung ist, daß Herr v. Kühlmann in Brest-Litowsk den Russen gegenüber dem deutschen Standpunkt und der militärischen Lage nicht genügend Rechnung getragen hätte. Nun, über diese Vorgänge hat sich einwörtlich wieder eine dicke diplomatische Wolke herabgelassen, die alles in Dunkel fällt, so daß man einrichten wieder geduldig darauf warten muß, bis die Ereignisse das Dunkel durchbrechen und einiges Licht verbreiten, um der Kombination von neuem das Feld zu überlassen.

Mittlerweile haben die Dinge in Brest-Litowsk ihren Fortgang genommen. Die Unterhändler des Vierbundes, vor allen Dingen aber die deutschen sind bei ihrem ursprünglichen Programm, die russischen Friedensvor schläge vom 25. Dezember in ihrem Sinne auszuwerten, geblieben. Es handelt sich immer noch um das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Räumung der besetzten Gebiete. Die Russen haben Finnland und der Ukraine das volle Selbstbestimmungsrecht eingeräumt. Die deutschen Unterhändler beantragen dieselbe Anerkennung auch für Ostland, Estland, Litauen, Lettland. Mit vollem Rechte aber wandten die Russen ein, daß die russischen Handänder, denen sie keineswegs das Recht freitrag machen wollen, ihre Zukunft selbst zu bestimmen, gar nicht mit Finnland und der Ukraine verträglich werden könnten, weil sie von feindlichen Truppen besetzt sind und deshalb keine Wahl haben können. Doch der Wille des Volkes in diesen Gebieten sich durch bevollmächtigte Organe äußern zu lassen. Beim Velen der über die Verhandlungen veröffentlichten ausführlichen Berichte kann man nicht um die Tatlo- herumkommen, daß die Russen den krieglichen ändern ebenso die volle Freiheit einräumen wollen, aber ihre Zukunft selbständig zu entscheiden wie Finnland und die Ukraine; sie beschloß aber darauf, daß diese Entscheidung im demokratischen Rahmen vor sich gehe, um auch den wirklichen Willen der Völker zu ermitteln. Dagegen bleiben die mittelstaatlichen Unterhändler dabei, daß die Völker sich in bestimmten Organen, die den Willen der Gesamtheit des Volkes vertreten, bereits über ihre Zukunft geäußert hätten. Die Ausführungen unserer Unterhändler, besonders des Herrn v. Kühlmann, sind in vollem Einklang mit der russischen Erklärung von der Antwort vom 28. Dezember über den Selbstbestimmungsrecht der Völker, die im Winter über den Selbstbestimmungsrecht der Völker, fällt die russische Erklärung hat Eracht eine kritische Prüfung des Meins der Erklärung über das Streben zur vollen staatlichen Unabhängigkeit gegeben, die wir für eine durchaus

Aus dem Hilfsdienstauschuss.

Am Donnerstag legte der Hilfsdienstauschuss, um eine Reihe Eingaben zu erledigen, ein Hilfsantragsbuch, das zur Verbesserung einer Stellung nach Belieben eingegangen ist, wurde dort genehmigt und trotz seines tadellosen Zustandes militärisch als arbeitsverwendungs-fähig erklärt. Darüber hat sich der Mann nach befragt. Von militärischer Seite wurde erklärt, daß die Aushebung berechtigt war. Abg. Griebel war bemängelt, darauf hin, daß es nicht zu billigen ist, Leute auszuheben, die nicht einmal eine Uniform tragen können. Hier besteht doch der Verdacht, daß man auf diese Weise verfahren, die Beschäftigung des Patienten als Hilfsdienstpflichtigen zu erproben. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, die Eingabe dem Kriegsrat zur Ermäßigung zu überreichen.

Zu einer lebhaften Aussprache führte die Einziehung von Mitgliedern des Hilfsdienstauschusses. Von einem Vertreter des Kriegsrats wurde erklärt, daß bei solchen Einziehungen nur in militärischer Hinsicht maßgebend sein, überdies sei der Hilfsdienstauschuss nicht zuständig. Dem wurde entschieden widersprochen und eine in einer solchen Sache eingereichte Petition dem Kriegsrat zur Ermäßigung über-reichten.

Aus Anlaß einer Beschwerde über Stölung eines Betriebes wurde gefordert, das Reichsamt für Arbeitsangelegenheiten zu verlangen, aus der die Arbeiter der Reichsamt für Arbeitsangelegenheiten Betriebe erschaffen ist. Ein Vertreter des Reichsamt für Arbeitsangelegenheiten erklärte, daß man versuchen wolle, ob das Material beschafft werden könne.

Ein Arbeiter in Köftritz führt Beschwerde darüber, daß er mit seiner Uebernahme als Hilfsdienstpflichtiger in einen militärischen Betrieb, seine Zugehörigkeit zur Ortsfeuerwehr, der er seit 30 Jahren angehört habe, verloren hat. Ein Vertreter des Reichsamt für Arbeitsangelegenheiten teilte, daß solche Ermöglicht werden soll.

Das Kriegsrat in Hannover hat in einem Auftrage Leute für die besetzten Gebiete gesucht, die daterländische Gefinnung haben. Aus dem Hilfsdienstauschuss heraus wird betont, daß eine solche Vorbeziehung nicht zulässig ist. Von Vertretern des Kriegsrats wird erklärt, daß dieser Ausdruck mißverständlich worden sei.

Abg. Dittmann bringt einen Fall des Mißtrauens des Hilfsdienstpflichtigen zur Sprache. Ein kriegsamtlicher Arbeiter ist aus einer Stellung in einem kriegsamtlichen Betrieb herausgerissen und dem Gutachten in Potsdam zur Arbeit überlassen worden. Der Gutachten, der nur trügerische Botschaften brachte, lehnte die Einstellung des Mannes ab und befehlte ihm, daß er zu schwerer Arbeit nicht brauchbar sei. Das hat zur Folge, daß der Mann längere Zeit ohne Arbeit finden konnte. Bei der Unternehmung hat der Offizier dem Mann erklärt: „Sie haben sich hier anständig zu betragen, weil Sie keine Arbeit haben.“ Das bewirkt, daß der Mann keine militärische Arbeit hat. General Schuch gab zu, daß der Fall richtig gelöst wurde und erklärte, daß dieses Vorgehen sehr mißbilligt werden soll. Abg. Bauer schloß sich dieser Beurteilung an, das Hilfsdienstgesetz dürfe unter keinen Umständen zu politischen Zwecken mißbraucht werden. Der Ausschuss stimmte einmütig zu.

Abg. Bauer befragt dann den Mißtrau, daß eine Menge Arbeiter und Arbeiterinnen infolge Kesselmangels ferner müssen. Entweder müsse man diesen Arbeitern eine Entschädigung gewähren oder ihnen sofort den Abfertigung geben. Jedemfalls dürfen die Arbeiter nicht geschädigt werden. General Schuch: Das Kriegsrat hat den zuständigen Stellen bereits empfohlen, diesen Mißtrau zu be-friedigen, er durch Zuweisung anderer Arbeit am gleichen Orte. Eine zentrale Regelung ist vorzuziehen. Abg. Griebel: Ich meine, daß in diesem Falle Kriegsgeldern vorzuziehen und daß infolgedessen die Gemeinden ein-greifen müßten. Das Reich hätte diese Ausgaben dann zu ersehen.

Abg. Carlsen (fortf.) bringt dann lebhaft Klagen über die mangelhafte Versorgung der Industrie mit Rohlen zur Sprache. Abg. Bauer legt auseinander, daß den Arbeitern mit Gemeindeunterstützung nicht geholfen ist, sie legen Wert darauf, ihre Arbeitskraft zu verwerten. Bei der Regelung der Entschädigung solle man auch Vertreter der Arbeiter wählen. General Schuch: Ich habe das schon gemacht.

Abg. Griebel schließt eingehend die nötige Unzulänglichkeit der gemeindlichen Unterstützung. Hier ist Sparmaßnahme am wenigsten am Platze. Abg. Gothein stellt fest, daß er keineswegs zur Sparmaßnahme habe mahnen wollen. Die Unterstützungen müßten völlig ausreichend sein.

Letzte Lokal- und Provinzialnachrichten.

Halle, 16. Januar 1918.
Zur Eröffnung der Ausstellung aller Handarbeit in aus-ländischer Privatbesitz in den Räumen der Handwerkerhalle, Ost-länderstraße 1, findet am Sonntag nachmittags 5 Uhr die erste Vorstellung des Puppenstücks „Doktor Faust“ mit vorangehenden Vorführungen aller Eintrittspreise für die Ausstellung 50 Pf., für Vorführungen 3, 2 und 1 Pf.
Stadt-Theater. Donnerstag, 17. Januar, Anfang 7 1/2, Ende 10 1/2 Uhr: Opet von Berke. — Freitag: Ein Pöbelsch. Streifzug. Eine Bande jugendlicher Eindringler ist am Sonntag verhaftet worden. Sie haben hier und in um-liegenden Dörfern Rindern, Enten, Gänse, Flegeln etc. ab-gegriffen und an einen Händler in Halle weitergegeben, der die gestohlenen Tiere zu hohen Preisen an die dortige Bevölkerung weiter gegeben hat.

Städtischer Nahrungsmittelmarkt.

Ammoniak. Von Donnerstag an auf Marke 128 des Waren-bezugsheins 12 jede Person 1/2 Pfund.
Geoffe. Donnerstag früh in den einstufigen Geschäften auf Abkühlung 124 des Warenbezugsheins 12 jede Person: etwa 1/2 Pfund auf Lebensmittelscheine Nr. 10 501—14 001 und 52 301—59 000.
Zwiebeln. Auf Abkühlung E der besonderen grünen Warenbe-zugsheins für Kinder bis zu 12 Jahren jede Person ein Paket zum Preise von 15 Pf., Donnerstag, vorm. von 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr auf Nr. 45 501—52 500, nachmittags 2—6 Uhr Nr. 52 501—59 000 der Lebensmittelscheine in der Zaf-mittelpole.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung in Verbindung mit § 9 des Gesetzes über den Belagerungs-zustand und dem Gesetz vom 11. 12. 1915, betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Belagerungs-zustand, wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit herodnet: Verboten ist die Ausübung von Zeichnungen (Kon-struktionszeichnungen, Entwürfen, Zeichnungen, Schalungspläne, Abdrücke, Verleittafelzeichnungen, Blaupapiere usw.) ohne Genehmigung des stellvertretenden Generalkommandos.

Zum Besten der Angelegenheiten werden, soweit die bestehenden Gesetze keine höhere Strafbestrafung bestimmen, mit Ge-längnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildere Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis 1500 Mark erkannt werden.
Magdeburg, am 10. Januar 1918.
Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armee-Korps:
Sontag,
Generalleutnant.

Bekanntmachung.

den unausgebildeten Landjurm betreff.
Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß die unausgebildeten Landjurmpflichtigen nach erfolgtem Auftruf des Landjurm in den militärischen Melde- und Kontrollvorschriften unterliegen, und demnach verpflichtet sind, jede Wohnungsänderung anzugeben, insbeson-dere beim Wechsel des Wohnortes, sich am be-züglichen Meldeamt zu melden, sich am be-züglichen Meldeamt zu melden, sich am be-züglichen Meldeamt zu melden, sich am be-züglichen Meldeamt zu melden.

Hierzu werden auch diejenigen Wehrpflichtigen betroffen, die als dauernd dienstuntauglich aus-gemeldet worden waren, sich auf Grund des Gesetzes vom 4. September 1915 aber erneut zum Dienst melden. Die nach nicht Gemeldeten, sowie diejenigen, die bei den Kriegsmihrungen nicht ausgehoben sondern zurückgestellt worden sind, (Entscheidung: zeitig untauglich, zeitig garnison- oder arbeitsverwendungsunfähig) haben die Meldungen im Stadthaus Schmeerstr. 11, 11, Zimmer 18 zu benachrichtigen.
Für diejenigen, die bei den Mihrungen ausgehoben worden sind, (Entscheidung: Kriegsverwendungsfähig, dauernd oder zeitig garnisonverwendungsfähig oder arbeitsverwendungsunfähig) ist das königliche Bezirks-Kommando Desauer Straße Nr. 89 die zuständige Melde-stelle.
Unterlassung der Meldung hat Verstrafung nach den Militärstrafgesetzen zur Folge.
Halle, den 12. Januar 1918.
Der Zivil-Vorsitzende des Kriegskommission (Stadtkreis)

Buchhandlung der Volksstimme

Fernsprecher 5407 HALLE Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verherrlichung der Inter-essanten Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von 10 Pf.

In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und in-teressante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von 15 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Nummer 10 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 ver-schiedene Bändchen à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg Bearbeitet von Eduard Bernstein

Reichhaltige Roman-Bibliothek der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei: Modenzeitung / Fraunzeitung / Praktische Damenmode Hauschneider / Sonntagszeitung / Deutsche Modenzeitung

Halleherd Hausstranzenband.

Anleitung zur Herstellung von Hausstranzen.
Für Mitglieder 50 Pf., für Nichtmitglieder 1 Mk.
Anmeldungen dazu wochentags täglich 10—12 und nachmittags 4—6 Uhr (außer Sonntagen).
Bureau des Halleherd Hausstranzenbandes, Gr. Steinstraße 16.
84) Der Vorstand.

Bäuglingsfürsorgestelle

am Franzosenweg
vom 2. Januar 1918 Gewerkschaften täglich von 10 bis 11 Uhr.

„Schmelzers Höhe“

Kochendorferstr. 19
Kaufhaus des beliebten Schmelzers, Klempner, und Waffener der Brauerei Dr. Schuler.
Familienverträge — Treffpunkt für Vater.
Werte Freunde und Gäste laden freundlich ein.
Familie Dr. Smar.

Grammophon - Platten

Alle, abgelebte auch veredelte
kauft zu selbigen Preisen ohne Gegenkauf
Gustav Uhlig
Hagen u. Wulfen, untere Leipziger Str.
Sonntag geöffnet von 10 bis 12 Uhr, mittwochs von 11 bis 13 Uhr.

Herren- u. Knaben-Anzüge

Paletots, Joppen, Ulster, Beinkleider gute Qualität - schöne Passform - vortheilhafte Preise
im Kaufhaus H. Elk a n, Leipziger Straße 87.

Gustav Uhlig
Untere Leipziger Straße
Billige, gute Bezugsquelle
in vortheilhaften Musikinstrumenten
für untere Reigen im Preise und Verwendung in der Heimat. Zuerst, sein abgemittelt
Mundharmonikas
Mandolinen, Gitarren
Wiener Ziehharmonikas.
Sonntags geöffnet von 12 bis 12 1/2 Uhr.

3 Könige
Variete / Kl. Klaußstr. 7
Das neue glänzende Programm!
Jede Nummer ein Schlager!

Die Kerle von Flandern.
Ein geschichtlicher Roman von Gaston Coquard.
Der Roman führt den Leser zurück in die Vergangenheit jenes Gebietes, das die prächtigsten Klöster im Reiche der westeuropäischen Kultur zu sein pflegte. Er erzählt die Geschichte eines Mannes, der die Freiheit der Nationen retten will, und die Geschichte der Nationen, die sich dem Schicksal des Mannes widersetzen.
„In Freien Stunden“
Führt diesen Roman zum Schluss und zum Ende eine von Marie François über die Erzählung von G. Coquard „Das Mädchen von Koesch“.
Es ist die Geschichte eines armen, aber tüchtigen Mannes, der in einem kleinen Dorf in Flandern lebt. Er ist ein Mann von großem Charakter, der die Freiheit der Nationen retten will. Er ist ein Mann von großem Charakter, der die Freiheit der Nationen retten will.
„In Freien Stunden“ erscheint in wöchentlichen Heften zu 15 Pf. Bestellungen nimmt die Zeitungs-Verlag, die Buchhandlung der Volksstimme oder der Verlag Buchhandlung des Volksstimme entgegen.

1 „In Freien Stunden“
(Heft 1 u. 2)
Sinterachter befreit hiermit
Genehmigung des Schriftführers über die Buchhandlung des Volksstimme in Magdeburg.
Genehmigung des Schriftführers über die Buchhandlung des Volksstimme in Magdeburg.

Alte Promenade 11a **UT** **Leipzigerstraße 88**
Fernruf 5738. Fernruf 1234.
Gottes Mühlen mahlen langsam.
Tragödie in 3 Akten.
Der lahende Gewinner.
Lustspiel in 2 Akten mit Knoppen.
Beginn in beiden Theatern 4 Uhr.

